

März 2010

Die Mehrheit der europäischen Bürger glaubt weiterhin an das Projekt eines vereinten Europas, ist jedoch Rahmenbedingungen unterworfen, die bewirken, dass dieses Projekt nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Nicht zufällig haben die Bürger die Europäische Union jedes Mal in den letzten Jahren, wenn sie zu einer direkten Abstimmung aufgerufen wurden, nur widerwillig befürwortet, ja sogar abgelehnt. Der Öffentlichkeit ist sehr wohl bewusst, was Europa bisher erreicht hat und dass es demzufolge keine politische Union ist, sondern lediglich ein großes Sammelbecken und ein Anziehungspunkt für Energien und Möglichkeiten, und dass dieses Europa de facto von den nationalen Politiken gelenkt wird; darüber hinaus weiß sie auch, dass all dies nicht genügt, um sie zu beschützen und gegen die Herausforderungen zu wappnen, die das Ergebnis der neuen weltpolitischen Rahmenbedingungen sind.

Dieses Bewusstsein ist jedoch allein nicht ausreichend, um die europäische Politik entscheidend voranzubringen. Viele, auch in den Parteien, den Institutionen der Union und sogar den Regierungen, befürworten zwar die politische Einigung Europas, wagen es jedoch noch nicht, den einzelstaatlichen Machtrahmen in Frage zu stellen. Nur wenn der Lauf der Dinge sie zu einer Entscheidung zwingt, werden sie den Mut aufbringen, die alte Ordnung zugunsten der neuen europäischen Ordnung aufzugeben. Einzig und allein im Falle einer Krise findet man die Kraft, die Trägheit der Macht und der bestehenden Interessen zu überwinden.

Heute stehen wir am Vorabend eines dieser Momente. Die mit den geltenden Verträgen geschaffene Ordnung hält der Konfrontation mit der Realität nicht stand. Unabhängig von den Urteilen, die man über den Vertrag von Lissabon fällen kann, steht dieser Vertrag sowohl formal als auch inhaltlich für die ausweglose Lage, in die die politischen Kräfte, die öffentlichen Meinungen sowie die einzelstaatlichen und die europäischen Institutionen sich in Bezug auf den Aufbau Europas de facto hineinmanövriert haben. Kein Staat ist bereit, auf die unmittelbaren und mittelbaren Vorteile zu verzichten, die sich für ihn dank seiner Zugehörigkeit zu einem integrierten europäischen Rahmen auf den Gebieten Handel, Währung und Wirtschaft ergeben; andererseits will aber auch kein Staat derzeit das Ziel verfolgen, die verschiedenen institutionellen Erscheinungsformen, die sich nach den ersten Gemeinschaften in der Europäischen Union herausgebildet haben, oder zumindest Teile von ihnen in eine Föderation umzuwandeln. Dies ist der Grund, warum die entstandene komplexe institutionelle Verflechtung zwischen Europa und den Nationalstaaten ganz offenkundig unangemessen ist.

Daher wird Europa ohne eine Kursänderung unweigerlich eine immer unbedeutendere Rolle auf der internationalen Bühne spielen, also der Bühne, auf der über die künftige globale militärische und ökologische Sicherheit sowie den Fortschritt der gesamten Menschheit entschieden wird. Dies ist die Lehre, die sich für die Europäer auch aus dem jüngsten Klimagipfel in Kopenhagen sowie aus den Entwicklungen im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise ziehen lässt.

* * *

Damit aus der Einsicht in diesen Sachverhalt ein politisches Handeln erwächst, ist es unumgänglich – wenn auch nicht ausreichend –, erneut deutlich zu machen, aus welchen Gründen Europa angesichts einer Welt geschaffen werden muss, in der die Folgen der Globalisierung und der Aufstieg neuer Kontinentalmächte wie China und Indien sich immer stärker bemerkbar machen. Diese Gründe sind inzwischen für jedermann offenkundig und werden nicht nur in Kommentaren und Analysen, sondern auch in amtlichen Dokumenten und Denkschriften von Regierungen angeführt. Jedoch ist hier auch darauf hinzuweisen, wie politische Abhilfe geschaffen werden kann. Dies hat – um es erneut zu betonen – weder der gemeinsame deutsch-französische Ministerrat vom 4. Februar, der die sogenannte deutsch-französische "Agenda 2020" in die Wege geleitet hat, noch eine Woche später das jüngste europäische Gipfeltreffen getan, das dazu diente, die noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise zu klären. Insbesondere hat die Agenda nicht nur keinen Impuls für mutigere Entscheidungen durch die Europäische Union gegeben, sondern statt dessen das Ende der institutionellen Reformen der Europäischen Union verkündet – die "hinter uns liegen" – und jedwede Möglichkeit zur Neubelebung der politischen Union ausgehend von diesen beiden Ländern ignoriert. Damit hat sie den politischen Charakter der Herausforderung, der die Europäer gegenüberstehen, schuldhaft im Dunkeln gelassen. Im Zuge dieser Herausforderung kommen nun auch die beiden grundlegenden Bezugspunkte des europäischen Integrationsprozesses ins Spiel, nämlich die Konvergenz der geopolitischen Interessen Europas und Amerikas und die Konvergenz der Interessen Frankreichs und Deutschlands bei der Schaffung einer immer engeren Union zwischen den europäischen Ländern.

Seit dem Ende des Kalten Krieges, vor allem jedoch seit dem Ende der kurzen Zwischenphase der unipolaren Führung der Welt durch die amerikanische Regierung werden die geostrategischen Perspektiven

in Washington und in den europäischen Hauptstädten unterschiedlich beurteilt. Die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sind in der Tat im Vergleich zu früher in eine eher unbeständige und unsichere geschichtliche Phase eingetreten, in der sowohl die USA als auch die europäischen Länder den Rahmen für die transatlantische Zusammenarbeit neu definieren müssen. Und dies in einem Augenblick, in dem einerseits Europa für die USA kein strategisch prioritärer und glaubwürdiger Partner mehr ist, mit dem die USA sich die Verantwortlichkeiten auf internationaler Ebene teilen können, und andererseits die Unterordnung der Europäer unter die amerikanische Supermacht keine hinreichende Garantie für ihre militärische, wirtschaftliche, energiepolitische usw. Sicherheit mehr darstellt.

Den zunehmenden Schwierigkeiten in den euro-atlantischen Beziehungen und der Schwächung der amerikanischen Führungsrolle stehen die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Deutschland in europäischen und internationalen Fragen negativ gegenüber. An zahlreichen Fronten herrscht zwischen den Regierungen in Paris und Berlin gegenwärtig eher Konfrontation als Kooperation. Es besteht ständig die Gefahr, dass Frankreich und Deutschland auf Gebieten, die von der Industrie- bis zur Wirtschafts- und Handelspolitik und von der Energie- bis zur Außenpolitik reichen, auf Kollisionskurs geraten. Es wäre gefährlich, diese Signale nicht genügend zu beachten: es handelt sich nicht um die üblichen Dissonanzen zwischen Partnern, die unterschiedliche Standpunkte vertreten. Es handelt sich vielmehr um das Wiederaufflackern in Europa der – im Vergleich zur Vergangenheit freilich abgemilderten und friedlichen – Konfrontation zwischen Staaten, die nicht darauf verzichtet haben, in Schlüsselbereichen von Politik und Wirtschaft ihre Souveränität auszuüben. Diese Entwicklung wird sich als geradezu unvermeidlich erweisen, wenn keine Aussicht mehr besteht oder weniger glaubhaft wird, dass sich ein autonomer europäischer Machtrahmen konsolidiert.

Aus all diesen Überlegungen lassen sich zwei Schlüsse ziehen. Erstens sind die aufgezeigten Entwicklungsstränge in den Beziehungen zwischen den USA und Europa sowie die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Deutschland zusammen mit der unvermeidlichen politischen und geschichtlichen Abwertung der Rolle der einzelnen europäischen Länder nicht vom Himmel gefallen, sondern sind vielmehr die offenkundigsten Folgen der falschen Entscheidungen der Europäer in den vergangenen zwanzig Jahren. Dieser Sachverhalt wird inzwischen auch in der europäischen Presse offen angeprangert, so etwa vom Direktor von *Enjeux-Les Echos*, Eric Le Boucher, der in einem Kommentar wenige Wochen vor dem letzten deutsch-französischen Gipfel in der derzeitigen Krise das Scheitern des Europas der Nationen erkannte – nicht Europas als solchem, das ja noch gar nicht existiert. Dieses Europa wäre längst entstanden, wenn der föderale Aufbau – wie Le Boucher feststellt – nicht vorsätzlich hinausgeschoben worden wäre. Der Gedanke, jedweden Fortschritt im föderalen Sinne zu unterbinden, hatte sich für ihn unmittelbar nach Maastricht dank des Tandems Chirac-Schröder einvernehmlich zwischen Frankreich und Deutschland und unter Mitwirkung der Kräfte des linken wie auch des rechten politischen Spektrums durchgesetzt. Dieses "Europa der Nationen" ist zuallererst auf dem langen und schwierigen institutionellen Kreuzweg, der nach der Erweiterung beschritten werden musste, irregeleitet worden. Diese Jahre waren für Le Boucher somit zehn Jahre, in denen nichts anderes als Irrwege eingeschlagen wurden (s. den Artikel "L'Europe sous cloche", *Les Echos*, 15.01.2010).

Dennoch – und dies ist der zweite Schluss, der gezogen werden kann – ist die günstige Zeit für den Aufbau Europas noch nicht abgelaufen. In einer Europäischen Union, die künftig dreißig und mehr Mitglieder haben könnte, kann nichts und niemand die Entwicklung einer Initiative verbieten, die darauf abzielt, Europa ausgehend von einer begrenzten Zahl von Ländern politisch zu einen und gleichzeitig die geeigneten Mittel und den besten Zeitpunkt zu finden, um den gemeinschaftlichen Besitzstand für alle übrigen Länder zu wahren. Das Europa der wenigen ist nunmehr eine Notwendigkeit, um das Bestehende bestmöglich zu verwalten, jedoch erst recht, um das Ziel der Schaffung einer tatsächlichen politischen Union konkret anzugehen. Es ist in der Tat undenkbar, den durch den Vertrag von Lissabon vorgegebenen Rahmen für Fortschritte bei der verstärkten und strukturierten Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Ländern in den Bereichen Außen-, Verteidigungs- und Finanzpolitik zu nutzen, ohne dass einige dieser Länder die Initiative dazu ergreifen. Andererseits ist es unrealistisch, die Frage der Errichtung eines wirklich demokratischen und föderalen Regierungssystems auf dem europäischen Kontinent aufzuwerfen, ohne sich mit dem Problem zu befassen, wie einige Länder dazu veranlasst werden könnten, einen verbindlichen föderalen Pakt zu schließen, um so den ersten Kern des Europäischen Bundesstaates zu schaffen. Letzten Endes können nur auf diese Weise die Grundlagen dafür gelegt werden, dass die Beziehungen zwischen Europäern und Amerikanern wieder ins Gleichgewicht geraten und die Auflösungstendenzen überwunden werden, die sich inzwischen auch in den Schlüsselländern Europas manifestieren und selbst die gemeinsamen Institutionen untergraben könnten.

Niemand kann sagen, ob und wann die französische und die deutsche Regierung und vielleicht noch einige andere Gründungsländer den Mut aufbringen werden, eine entsprechende Initiative zu ergreifen. Auch lässt sich nicht vorhersagen, ob und unter welchen Umständen die politischen Kräfte und die öffentlichen Meinungen den Mut aufbringen werden, diese Länder aufzufordern, die Initiative zu ergreifen.

In jedem Fall hat derjenige, der nicht nur glaubt, dass Europa notwendig ist, sondern auch, dass es jetzt an der Zeit ist, Europa tatsächlich und möglichst rasch zu schaffen, die Verpflichtung, die genannten Länder an ihre historische Verantwortung zu erinnern und die politischen Kräfte und öffentlichen Meinungen für die einzige Alternative zum Niedergang Europas zu mobilisieren, nämlich die Errichtung der Europäischen Föderation.

Publius

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

Editrice EDIF, via Villa Glori, 8 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia
www.euraction.org